

Zeitung



Preis

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Besugungsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erfindungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Versehrung-Zentrale Ullsteinstr. 101, Amt Dönnhof 3000-3002, für den Paraverkehr: Amt Dönnhof 3000-3004, Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin Postfachnummer Berlin 606

Wiederbetragung Briand's

Besserung des Franken

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

1st Paris, 16. Juni

Der Präsident der Republik, der heute morgen die höchsten Konfultationen begonnen hat, hat der Kräfte nach die Präsidenten von Kammer und Senat, de Soltes und Herriot sowie die Präsidenten der Finanzkommission beider Häuser empfangen, um ihre Auffassung über die Kräfte und deren Lösung zu hören. Gemäßigte von Donnerstag bis heute zu den getragenen Persönlichkeiten haben unter Hinweis auf die wesentliche Bedeutung, die Briand nach gestern in der Kammer erhalten hat, den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Briand als den einzigen Kandidaten empfohlen, der für die Bildung des neuen Kabinetts einsteht in Frage kommt.

Der Präsident der Republik wird heute nachmittags die Besprechungen fortsetzen; doch gilt es schon jetzt als sicher, daß er heute abend oder spätestens morgen vormittag mit Briand in der Bütte, das neue Ministerium zu konstituieren, werden wird. Briand selbst scheint entgegen seinen ursprünglichen Vorstellungen nicht abzusehen, den Posten anzunehmen. Er wird seine endgültige Entscheidung aber von den Besprechungen mit seinen engsten politischen Freunden und nicht zuletzt von der Unterhändler, die er bei den für die neue Koalition in Frage kommenden Parteien finden wird, abhängig machen.

Nach den Erkundigungen, die es gestern in später Abendstunden gemacht hat, sieht Briand dem Gedanken an ein „Ministerium der nationalen Einheit“ nach wie vor ablehnend gegenüber. Er wird dagegen, falls er den Auftrag zur Kabinettsbildung übernimmt, versuchen, den neuen Regierung eine weitlich bittere Pille zu geben, als sie die letzte Kabinette hatten.

Briand hat heute morgen bereits eine längere Aussprache mit Seriot gehabt, die in unterrichtigen Kreisen dahin geht, daß er Herriot zum Eintritt in das neue Kabinett bestimmen und sich dadurch die in der letzten Woche verlorene Unterstützung der radikalen und radikal-sozialen Partei zurückgewinnen soll. Auf der anderen Seite wird Briand nicht umhin können, sein neues Kabinett durch Teilnahme mehrerer gemäßigter Republikaner nach rechts zu erweitern. Man spricht in diesem Zusammenhang insbesondere von Volanosty, Pierei und Szardie. Auch Poincaré wird noch immer als möglicher Finanzminister genannt, doch ist es nach wie vor im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die linke Fraktion der linksradikal-demokratischen Parteien sich zu einer eventuellen Zusammenarbeit mit dem Manne der Republik bereitfinden wird.

Die allgemeine Auffassung, daß ein neues Kabinett Briand auf breiterer Basis zur Lösung der Kräfte berufen sein wird, hat auf dem Devisenmarkt eine wesentliche Entspannung bewirkt und den Kurs des Francs, der heute morgen mit 176,97 eröffnet, um die Währungsfranke auf 172 zurückzuführen lassen.

Frankreich's Dauerkrise

Von
Dr. Leo Gaffel,
Beichtesitzer der „Woffischen Zeitung“

* Paris, 16. Juni

Im Kampfe gegen die Unbegrenztheit wirtschaftlicher Gesetze, die die Sorge um das Schicksal der Währung zum Zentralproblem aller französischen Politik werden lassen, hat sich Briand zu höchster Weisheit gelangt: geteigerte Kulte des laizischen Wandertümers, der im parlamentarischen Kampf kein Gegenstand gewesen ist und die selbst in den bestfesten diplomatischen Verhandlungen den Ausweg zu finden vermag, wo alle anderen Längst an einer Lösung verzweifeln, als eine unzulängliche Waffe erweisen. Der Antritt der Opposition in den Interpellationsarbeiten über die Finanzpolitik ist Briand ebensowenig gefährlich geworden wie die geheimen Besprechungen der Quaiors, denen er mit einigen lässig hingeworfenen Caricaturen die Spitze abgebrochen hat. Den Sturz des Franken hat aber weder der eine noch der andere Briand nicht erzwungen: Siege aufzukommen vermocht. * Mit Einzug größter Mittel unermessenen Verlust, die Devisenkrise fälschlich herabzubringen, hat sich als ein eben so fälschliches wie nutzloses Experiment erwiesen. Die Spekulation trotz der im Auftrag der Regierung von dem Bankhaus Lazard auf den Markt geworfenen Millionen höherwertiger Beulaten im Sandstreiben, und in wenigen Tagen war die Hälfte des bisher angeblich gebühten Wagners verpulvert, ohne einen nennenswerten Erfolg zu erzielen. Die Spekulation trotz der im Auftrag der Regierung von dem Bankhaus Lazard auf den Markt geworfenen Millionen höherwertiger Beulaten im Sandstreiben, und in wenigen Tagen war die Hälfte des bisher angeblich gebühten Wagners verpulvert, ohne einen nennenswerten Erfolg zu erzielen. Die Spekulation trotz der im Auftrag der Regierung von dem Bankhaus Lazard auf den Markt geworfenen Millionen höherwertiger Beulaten im Sandstreiben, und in wenigen Tagen war die Hälfte des bisher angeblich gebühten Wagners verpulvert, ohne einen nennenswerten Erfolg zu erzielen.

Der Stadtrat nicht abgelehnt

Amliches Ergebnis „30:88“

Die amtlichen Nachprüfungen des gestrigen Abstimmungsergebnisses über den Berliner städtischen Haushalt haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Wie sich herausstellte, sind bei der entscheidenden Abstimmung über das sogenannte Anlagevermögen für die städtischen Einnahmen, die mindestens bei der Einbringung über den städtischen Haushalt vorzuziehen sind, 89 Stimmen dafür und nur 88 Stimmen dagegen abgegeben worden. Der Etat braucht also nicht, wie nach der gestrigen Auszählung, die 88:88 Stimmen ergeben hatte, als abgelehnt zu gelten, sondern die Stadterverordnetenversammlung kann in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag, dem 24. Juni, ohne weiteres die Entscheidung über den Etat fassen, wenn die Entscheidung über den städtischen Haushalt vorzuziehen sind, 89 Stimmen dafür und nur 88 Stimmen dagegen abgegeben worden. Der Etat braucht also nicht, wie nach der gestrigen Auszählung, die 88:88 Stimmen ergeben hatte, als abgelehnt zu gelten, sondern die Stadterverordnetenversammlung kann in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag, dem 24. Juni, ohne weiteres die Entscheidung über den Etat fassen, wenn die Entscheidung über den städtischen Haushalt vorzuziehen sind, 89 Stimmen dafür und nur 88 Stimmen dagegen abgegeben worden.

Der Haushalt wird gemäß von allen beteiligten Parteien nicht bestritten angenommen, weil es seltsam wäre sämtliche Forderungen durchgesetzt hätten alle haben möchte, nicht müssen und wenn man von einem Etat sagen kann, daß er durch Romptenheit zustande gekommen ist, dann ist es bei dem überdurchschnittlichen Wert des Mittels einer eintausend fünf bis zehn bis zu einer, die es nicht getrieben werden kann — namentlich nicht in großer Zahl, in der die wichtigsten Geschäftsbereiche zu stark sind wie die Waff-Abteilungen der Stadt würden ins Stocken geraten, man müßte von Monat zu Monat „fortwurzeln“ und wäre dauernd vom guten Willen des Oberpräsidenten abhängig, über dessen wenig zuverläßigen Handlungswille noch gerade zu sprechen ist. Die Deutschnationalen immer vor unzulässigen Auslagen gestützt hätten, doch aber die linken Parteien nicht hätten können wollen, wenigstens nicht die Angehörigen der Rechten haben in den Ausschüssen, wie ihnen der Stadterverordnete Vertien mit Recht vorzuhalten die Gläubiger die größte Erschütterung hätten können und für die eine Mehrheit zu haben gewesen wäre, nicht ausgebaut und dadurch ihre Mitarbeit an entscheidenden Stelle vermissen lassen.

Der bisherige Fehlbetrag von 54 Millionen, die Forderung der Bundesbank von 70 auf 80 Millionen und die Forderung der Grundbesitzer auf 200 v. S. ergeben zusammen einen Bedarf von 89 Millionen. Er ist ausgeglichen durch Abschreibungen aus der Grundbesitzersteuer, der Wert-

steuer, Bier- und Konzessionssteuer, durch die Streichung der städtischen Zuschüsse für die Aufzucht der Gesehwehnen, die Übernahme einiger Posten auf die außerordentliche Bewoelung und — leider — auch die Erreichung der neuen Erhaltung des Schulgebäude; es bleibt also dabei, daß nur die Einkommen bis 2000 Mark herabgeführt werden.

Der städtische Haushalt muß unter allen Umständen unter Dach kommen. Er ist bei sehr vielen der beteiligten Parteien, das in der dritten Lesung durchzuführen. Die Verhandlungen schweben. Möge ihnen ein glücklicher Erfolg beschieden sein. Hi.

Zollbesprechungen beim Kanzler

Die Deutschnationalen verlangen erhöhte Zertifikatsätze

Zwölfen Vertretern der Regierungsparteien, dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister fanden heute Besprechungen über die Finanzsituation der gestrigen Getreidezollfrage, die normalerweise am 1. September in Kraft treten sollen, statt, ohne daß man schon zu endgültigen Beschlüssen kam.

Die Deutschnationalen legen besonderen Wert darauf, daß der erhöhte Zoll für Getreide eingeführt wird, während für eine Herabsetzung der erhöhten Zollsätze für die anderen Getreidearten möglichst zu streben werden. Ferner will die heutige Besprechungen über die Getreidezollfrage verknüpft werden durch den Abschluß des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Dieser Handelsvertrag hat aber nur eine Gelegenheits-, die Zollfrage nochmals eingehend nachzuprüfen, denn praktisch kommt eine Getreidebeeinträchtigung aus Schweden überhaupt nicht in Betracht.

Ursprünglich waren in dem Zollrat die vorigen Jahres die erhöhten Zollsätze, die jetzt in Kraft treten sollen, nur eingeführt worden, um sie bei den Bundesbesprechungen mit den Getreidebesitzenden Polen und Argentinien als Kompromiß mit den Deutschnationalen abzugeben. Die Bundesbesprechungen mit diesen Staaten aber gar nicht so weit gehen ließ, daß man über einzelne Zollsätze verhandeln hätte, ist die Drohung mit dem Interzessionen dieser Zölle am 1. September handelspolitisch überflüssig geworden.

Die Deutschnationalen bestehen nun darauf, daß trotzdem die erhöhten Zollsätze eingeführt werden, während die Sozialdemokraten verlangen, daß man endgültig auf dieses Kampfmittel verzichtet, nachdem es sich bisher als unannehmbar gezeigt hat.

Stresemann bei den Auslandsdeutschen

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann ist gestern Abend zu einer Tagung des Bundes der Auslandsdeutschen nach Düsseldorf abgereist.

